

KURZ UND PRÄGNANT

Bürger-Beteiligung weiter ausbauen

Die Forderung nach einem Ausbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten der Thüringer Bürger als ein wichtiges Politikziel der Landesregierung, wie sie der Bundessprecher von Mehr Demokratie e.V., Ralf-Uwe Beck, unterstrichen hat, wird von Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion und Landesvorsitzende der Partei, ausdrücklich unterstützt. „Niedrige Wahlbeteiligungen, Politikverdrossenheit und Resignation gefährden unser demokratisches Gemeinwesen, das von der aktiven Teilnahme der Menschen an der Demokratie-Gestaltung lebt“, zeigte sich die Landespolitikerin besorgt angesichts aktueller Entwicklungen. Umso notwendiger seien die Umsetzung der mit der Koalitionsvereinbarung von beschlossenen Ziele, „um Hürden für demokratische Beteiligung abzubauen, das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und die Akzeptanz der Demokratie zu stärken“, betonte die LINKE-Politikerin und nannte als wichtigen Punkt im Koalitionsvertrag die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen. Um auch auf Landesebene die dafür notwendige verfassungsändernde Mehrheit auf den Weg zu bringen, müsse die CDU ihre Blockade aufgeben. ■

Höcke (AfD) festigt rechten Brückenschlag

Mit einem weiteren Interview in der „Sezession“, einer dem Spektrum der „Neuen Rechten“ zuzuordnenden Zeitschrift, entlarvt Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, erneut „sein rechtspopulistisches Weltbild“, so MdL Katharina König. Wer die rassistischen und islamophoben Demonstrationen lobt und mit PEGIDA gar zusammenarbeiten will, mache deutlich, welches politische Ziel er verfolgt. Dass Höcke darüber hinaus an PEGIDA kritisiert, dass diese vermeintlich für die sexuelle Selbstbestimmung eintreten und ihnen „germanische Wurzeln“ fehlen, „enttarnt das antiemanzipatorische, reaktionäre und rechtskonservative Weltbild der AfD“.

Katharina König verwies u.a. auf die Warnung des Zentralrates der Juden, dass PEGIDA es ermögliche, Rassismus und Ausländerhass endlich frei ausleben zu dürfen. Die Landtagsabgeordnete betonte, „es ist dringlicher denn je, jeglicher Form von Rassismus und Rechtspopulismus eine klare Absage zu erteilen. Wer mit der AfD kooperiert, macht Rassismus und Islamophobie hoffähig.“ ■

Deziiert politisch motivierte Verfolgung

Mit Schreiben vom 2. Januar hat sich Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident und (noch) Landtagsabgeordneter der LINKEN, an Landtagspräsident Christian Carius gewandt mit der Bitte um Aufhebung seiner Immunität. Es geht dabei um das Verfahren am Amtsgericht Dresden, in dem ihm im Rahmen der Demonstration „Dresden Nazi-frei!“ am 13. Februar 2010 vorgeworfen wird, die Blockade eines Aufmarschs der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ mitorganisiert zu haben.

In dem Schreiben heißt es u.a.: Ich nehme daher zu dem Ansinnen des Dresdener Amtsgerichts Stellung in Kenntnis des Umstandes, dass die Immunitätsregeln nicht den Abgeordneten „schützen“, sondern die Funktionsfähigkeit des Parlamentes vor politisch motivierten Nachstellungen von Vertretern der Exekutive. Ich selbst wünsche ausdrücklich die Aufhebung der Immunität. Ich will dazu beitragen, dass die Abgeordneten die Entschei-

dung in Kenntnis der Umstände treffen, die mich zu der Überzeugung bringen, dass es bei dem gegen mich gerichteten Strafbefehlsverfahren nicht um die Sanktion strafbaren Verhaltens geht, sondern um eine deziert politisch motivierte Verfolgung eines Menschen, der sich gegen rechtsradikale und geschichtsleugnende Thesen des Aufzuges der jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) wandte. Die JLO fungiert als Anmelder für die Manifestation hartgesottener Nationalsozialisten.

Die in dem Schreiben an Sie genannten Vorhaltungen sind unzutreffend, denn tatsächlich habe ich nicht an einer Blockade – wie unterstellt – teilgenommen. Tatsächlich hat am 13.02.2010 die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag in Dresden eine Fraktionssitzung unter freiem Himmel abgehalten. Hierzu gab es einen Fraktionsbeschluss und eine entsprechende Umsetzung, die ich als Fraktionsvorsitzender pflichtgemäß erfüllt habe. Von dem genehmigten Aufzug der jungen Landsmannschaft Ostdeutschland

(JLO) auf der Hansastraße hatten weder ich noch meine Fraktion Kenntnis. (...) Ich habe mich für die Fraktion ordnungsgemäß bei der Polizei gemeldet. Für die Polizei erkennbar wurde die Fraktionssitzung dort durchgeführt. Die Polizei hat uns zu keinem Zeitpunkt aufgefordert, den Ort zu verlassen. (...) Niemand schreibt der Fraktion vor, wo sie ihre Sitzungen abhält und niemand kann Vorschriften dahingehend machen, wie sich frei gewählte Abgeordnete innerhalb einer Fraktionsversammlung versammeln oder wie entsprechende Versammlungen durchzuführen seien. (...) ■

Wahlanfechtung: CDU-Abgeordneter soll Arbeit beim Verfassungsschutz verschwiegen haben

Gegen den CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl aus dem Ilmkreis ist, wie Regionalzeitungen berichten, wegen des Verdachts auf Wahlbetrug bei der Landtagswahl eine Wahlanfechtung bei der Staatsanwaltschaft Erfurt und bei der Landtagsverwaltung eingelegt worden. „Wie wäre wohl eine Wahl ausgefallen, wenn Herr Bühl in seinem Lebenslauf die mehrjährige Zugehörigkeit zum Thüringer Verfassungsschutz ehrlich angeben hätte?“, heißt es in der Begründung eines Bürgers aus Gräfenroda. Gegenüber der Thüringer Allgemeinen (TA, 27.12.2014) verwies Bühl „auf Nachfrage (...)“ auf seine Internetseite, der man entnehmen könne, dass er von 2009 bis 2013 im Bereich des Thüringer Innenministeriums und hier im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz tätig war.“ Das Wahlkreisbüro Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König (LINKE) veröffentlichte daraufhin das Ergebnis einer eigenen Recherche: Wenn man über den Google Cache eine ältere Version von Bühls Homepage aufrufe, „wird erkennbar, dass seine Vita vor fünf Tagen noch bereinigt war und die 4 Jahre Geheimdienst erst in dieser Woche, 3 Monate nach der Wahl, hinzugefügt wurden“. Gegen Bühl ging inzwischen eine Anzeige ein, sie lautet auf Betrug. Die Anzeige soll darauf gerichtet sein, so schreibt die TA, dass Bühl den Hinweis darauf, dass er „zwischen 2009 und 2013 für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Extremismusprävention beim Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz zuständig war, erst auf seiner Internetseite bekanntgegeben habe, nachdem eine Anzeige gegen ihn eingegangen sei“. Das deckt sich mit den Rechercheergebnissen des Haskala. Zuvor war offenbar – anders als Bühl es der TA gegenüber mitgeteilt hatte – auf dessen Homepage lediglich zu lesen, er sei „im Bereich des Thüringer Innenministeriums“ tätig gewesen. (sw) ■

Treffen mit Ministerin Heike Werner



Erstes Treffen des Arbeitskreises Soziales der Linksfraktion mit der LINKE-Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner, sowie Staatssekretärin Ines Feierabend und weiteren Mitgliedern des Leitungsteams des Ministeriums. Bei der Beratung am 8. Januar im Landtag waren von Abgeordneten dabei Kati Engel, Karola Stange, Ina Leukefeld, Margit Jung und Jörg Kubitzki. Dabei herrschte große Einigkeit, dass auf der Basis einer guten Zusammenarbeit und in engem Kontakt die umfangreichen Aufgabengebiete rasch und konzentriert angegangen werden. Eine gute Kommunikation ist hier das A und O.

Ministerin Heike Werner war von 1999 bis 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags. Sie gehörte 2009 bis 2014 dem Präsidium des Landtags an und war Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz. Geboren wurde Heike Werner 1969 in Berlin. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von 1989 bis 1995 hatte sie Philosophie, Erziehungswissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig studiert. Ehrenamtlich engagiert sie sich im Kreistag des Landkreises Leipzig, dessen Linksfraktion sie seit 2009 vorsitzt.

Staatssekretärin Ines Feierabend, 1965 in Erfurt geboren und hier auch zur Schule gegangen, hat Pädagogik studiert. Sie war von 1990 bis 2000 Mitarbeiterin des Bezirksamts Marzahn von Berlin und zuletzt hier Amtsleiterin. Von 2002 bis 2006 Persönliche Referentin der Staatssekretärin für Soziales in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Berlin und anschließend bis 2011 Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. Zuletzt war sie stellvertretende Bürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Arbeit, Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. ■